

EVG unterstützt Protest gegen die Ausweitung der Minijobs

Die EVG spricht sich gegen eine Kopplung der Minijob-Grenze an den Mindestlohn aus. Nach aktuellen Planungen der Koalition würde bei steigendem Mindestlohn diese Grenze von derzeit 450 Euro auf künftig 520 Euro angehoben. Zum 1. Oktober soll der Mindestlohn auf 12 Euro ansteigen.



„Wir begrüßen natürlich jede weitere Erhöhung des Mindestlohns. Durch diesen Koppelungs-Plan würde aber prekäre Beschäftigung verfestigt und vor allem Frauen weiter in finanzielle Abhängigkeiten und Altersarmut getrieben werden“, so EVG-Vize Martin Burkert.

Aktuell gibt es bundesweit schon heute sieben Millionen geringfügig Beschäftigte, rund 70 Prozent davon sind Frauen.

„Den Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung wird durch die Ausweitung der Minijobs ein Einnahmeminus in Höhe von rund 800 Mio. Euro aufgebürdet. Außerdem hat die Pandemie mal wieder gezeigt, wie krisenanfällig diese Jobs sind. Die Betroffenen haben oftmals ihre Beschäftigung verloren und sind nicht sozial abgesichert, da kein Anspruch auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld besteht“, so Burkert weiter.

Die EVG fordert daher gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften statt einer Ausweitung der Minijobs eine echte Reform, die geringfügiger Beschäftigung soziale Sicherheit und langfristige Stabilität gibt.

Daher hat sich die EVG auch dem **Aufruf „Ausweitung Minijobs stoppen!“** (<https://www.verdi.de/themen/arbeit/++co++710ce828-5da8-11ec-be48-001a4a160129>) von ver.di angeschlossen. Zusätzliche Unterschriften sind gerne gesehen.